

## Rede zum Haushalt 2013

Bündnis90/DIE GRÜNEN Bad Soden am Taunus  
Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher,  
sehr geehrte Stadtverordnete,  
sehr geehrter Herr Bürgermeister Altenkamp,

der von uns mit Spannung erwartete Haushalt 2013 liegt nun vor und mit Faszination haben wir die Prognoserechnungen für das abgelaufene Haushaltsjahr 2012 gelesen.

Wie da in beeindruckender Weise die Erträge gesteigert und die Aufwendungen gesenkt wurden! Wie da der Fehlbetrag im Verwaltungsergebnis gegenüber der ursprünglichen Planung fast halbiert werden konnte! Und unter'm Strich verbleibt ein Jahresfehlbetrag von nur noch einer halben statt der befürchteten 4 Mio. EUR.

Auf den ersten Blick möchte man ein Weihrauchfass entzünden und ein Halleluja anstimmen.

Interessant ist aber gar nicht, wie viel besser die Finanzen aussehen als Ihre Planung.

Uns interessiert: Wie sieht der Vergleich mit den IST-Zahlen - also den echten Ergebnissen der Vorjahre - aus? Stellen Sie doch mal Ihre Planzahlen für 2013 den IST-Zahlen von 2011 gegenüber!

Und auf diesen zweiten Blick, bleibt uns die Lobeshymne gleich wieder im Hals stecken:

Denn 2011 schrieb die Stadt Bad Soden ein positives (!) Verwaltungsergebnis von 1,3 Mio. EUR.

2012 und auch 2013 soll's nun ein Fehlbetrag von 3,8 Mio. EUR werden - und das nur aus laufender Verwaltung. Die Investitionen sind noch gar nicht drin!

Liebe Stadtverordnete, erinnern Sie sich noch, wie wir vergangenes Jahr um diese Zeit um Maßnahmen zur Rückführung des laufenden Defizits gerungen haben?

Entgegen dem Drängen der Grünen wurden nur unverbindliche Zusagen mit unterjähriger Berichterstattung über die tatsächliche Entwicklung des Verwaltungsergebnisses vereinbart.

Fakt ist:

- In 2011 lag der städtische Personalaufwand bei 8 Mio. EUR. Nun sind aber 9,5 Mio. EUR geplant, wobei die Stadt unverändert rund 160 Stellen vorsieht.
- In 2011 lagen die Aufwendungen für bezogene Sach- und Dienstleistungen bei 9,8 Mio. EUR. Jetzt geplant sind aber 11,5 Mio. EUR.

Herr Bürgermeister, jetzt gibt's zwei Möglichkeiten:

- **Entweder:** das sind Ihre echten Planzahlen, dann kann von Sparwille keine Rede mehr sein. Und Sie würden überdies die mäßige Schuldentilgung der letzten Jahre wieder zunichtemachen. Sie hätten Ihre Verwaltung nicht im Griff und wären mit Verlaub eine Fehlbesetzung für dieses wichtige Amt.

- **Oder**, und das halten wir für die wahrscheinlichere Variante: das sind nicht Ihre echten Zahlen, sondern ein künstlich aufgepumpter Haushalt, der Ihnen ein weiteres Jahr ermöglicht, ohne weitere Kontrolle durch dieses Parlament zu wirtschaften. Er enthält jede Menge Puffer, um auch im nächsten Jahr wieder als der große Sparriese dazustehen, der aber leider nur ein Schein-Riese ist. Das bezeichnen wir dann allerdings immer noch als unseriös.

Wir wollen nicht einem Haushaltsplan zustimmen, der nur von der Hoffnung getragen wird, dass sich alles besser entwickelt als gedacht. Wenn die im Plan genannten Fehlbeträge tatsächlich erreicht und die Finanzmittelbestände der Stadt tatsächlich aufgezehrt würden, dann wäre das ein klares „Leben über die Verhältnisse“. Unter diesen Vorzeichen machen wir an alle Investitionsvorhaben ein Fragezeichen - ja, auch an so urgrüne Herzensprojekte wie Parkhäuser.

Und noch etwas, meine Damen und Herren:

Genau wie dieses Jahr wurden wir Grüne bereits bei den Haushaltsberatungen des letzten Jahres übel des billigen Populismus bezichtigt. Weil wir doch tatsächlich die Frechheit besessen haben, den Haushaltsplan intensiver zu lesen und dann - das ist ja wirklich der Gipfel - eine ganze Reihe von Anträgen gestellt haben, die die mitunter doch sehr **unübersichtliche Darstellung in den Teilhaushalten** in Frage stellten.

Ich darf anmerken, dass es trotz interfraktioneller Bemühungen bislang nicht gelungen ist, sich auf ein aussagekräftigeres Produktbuch zu verständigen. Das ist sehr schade, denn man könnte sich als Parlamentarier doch wesentlich leichter mit den Dienstleistungen der Stadt und deren Aufwendungen beschäftigen. Man könnte als Parlament sogar entscheiden, welche Dienstleistung und welches Produkt welchen Wert für uns haben.

Auch die **Entwicklung von Kennzahlen** zur Beurteilung von Leistungsfähigkeit und Qualität im städtischen Haushalt geht nur ausgesprochen zögerlich voran. Das ist mehr als bedauerlich, weil wir auf solche Zahlen angewiesen sind, um die verschiedenen, öffentlichen Einrichtungen beurteilen zu können. Wie wollen wir als ehrenamtliche Politiker entscheiden, ob beispielsweise 1 Mio. EUR für die Bereitstellung von Sportstätten zu viel, zu wenig oder gerade richtig ist, wenn uns keine Kennzahlen über die Nutzung der einzelnen Einrichtungen vorliegen?

Indessen scheut Herr Dr. Blasch offenbar vor nichts mehr zurück. Nicht mal vor seinen eigenen Leserbriefen. Wild fabuliert er in der Presse (Zitat): „Der faule Beamte kann seinen gepflegten Büroschlaf schließlich auch in irgendeinem dunklen Kellergewölbe bei schummrigen Licht abhalten.“

Herr Altenkamp, bitte nehmen Sie Ihre Verwaltung vor der Verbreitung solch billiger Klischees in Schutz. Offenbar hat Herr Dr. Blasch den Überblick verloren über die Vielzahl von städtischen Gebäuden und deren komplexen Nutzungsmöglichkeiten.

Man kann resignierend die Schultern zucken und bei der Abstimmung über den Haushalt in fester Treue zum Bürgermeister nicken und die Hand heben.

Man kann diejenigen auslachen, die im Eifer des Gefechts Wassergebühren mit Abwassergebühren verwechseln, so wie der Bürgermeister in seiner Antwort in der BSZ auf einen Leserbrief der Grünen. Aber an den Tatsachen ändert das nichts. Die Stadtregierung hat lange Zeit - entgegen den gesetzlichen Vorgaben, die eine **Kostendeckung bei Gebühren** verlangen - den Bürgern deutlich mehr Geld für Wasser/Abwasser aus den Taschen gezogen und brüstet sich nun damit, die Gebühren auf das gesetzliche Maß zurückzuführen. Seriöse Politik sieht für uns immer noch anders aus.

Man kann als Parlamentarier aber auch hinterfragen, ob diese künstlich geschaffene und sorgsam

gepflegte Komplexität telefonbuchstarker Zahlenwüsten ein ganz bewusstes Kalkül enthält.

- Wenn wieder einmal der Versuch scheitert, einen bestimmten Teilhaushalt mit den Zahlen der Vorjahre zu vergleichen, weil die Zuordnung verschiedener Einzelpositionen wie Telefonkosten oder Personalkosten schon wieder geändert worden ist...
- Wenn wie zum Beispiel beim Medico Palais erst nach Millionenaufwendungen endlich mal eine echte Kosten-/Nutzungsrechnung vorgelegt wird, so dass immerhin hinterher nicht nur ein handverlesener Kreis von Insidern abschätzen kann, welche Kosten das Medico Palais mit allem Drum und Dran verursacht...

...dann drängen sich mir zumindest Zweifel auf, ob es denn von der Verwaltungsspitze überhaupt gewollt ist, dass das Parlament wirklich Bescheid weiß und Entscheidungen trifft.

Ja, selbst die im Jahr 2008 begonnene **Aufstellung von Bilanzen** für die Stadt Bad Soden liegt seit Jahren brach. Das ist sehr ärgerlich, denn andernfalls könnten all jene, die über kaufmännisches Wissen verfügen, viel leichter über die wirtschaftliche Situation der Stadt mitreden.

Richtig, die Prüfung der Bilanzen ist Aufgabe des Kreises, aber es wird immer noch das Jahr 2008 geprüft. Das darf und kann nicht dazu führen, dass Bad Soden keine Bilanzen mehr aufstellt! Jedes Unternehmen hätte schon längst eine Menge Ärger mit dem Finanzamt.

Interessant ist in diesem Fall auch, dass das im MTK zuständige Rechnungsprüfungsamt nur mit 11 statt der eigentlich bewilligten 13 ½ Stellen besetzt ist. Und wer regiert im Kreistag mit? Genau: unser Bürgermeister!

Aber wir zollen Ihnen auch Respekt, Herr Altenkamp. Respekt für die offenbar endlich erreichte Stabilisierung der **Gewerbesteuereinkünfte** - das ist ein unschätzbare Wert. Wir können zwar bis heute nicht recht nachvollziehen, wer die „wesentlichen Gewerbesteuerzahler“ sind, außer dass es sich - wie im Haushaltssicherungskonzept erwähnt - um Gewerbetreibende handelt, die ihren Gewinn „...weitgehend unabhängig von der realen Wirtschaftslage erzielen“ - d.h. natürlich auch: örtlich völlig ungebunden sind. Und wenn irgendwo der Hebesatz fällt, sind sie wieder weg.

Eine stärkere Ausrichtung zur Realwirtschaft wäre daher begrüßenswert und vor allem wesentlich nachhaltiger.

Aber immerhin konnten in den letzten Jahren die Gewerbesteuereinnahmen dank reduzierter Hebesätze diskret auf hohem Niveau gehalten werden. Das ist die bürgerliche Dienstleistungsmentalität: da wäscht eine Hand die andere.

Andererseits muss ich deutlich sagen: Transparenz, Bürgerbeteiligung und echter Parlamentarismus gehen anders!

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.